

Von Regionalität bis Mindestlohn

Ernährungssouveränität / Bauern, Konsumenten und Gewerkschaften diskutierten in Bern, was dieser Begriff für sie bedeutet.

BERN ■ Dass Ernährungssouveränität etwas Gutes ist, darin waren sich die Teilnehmer des gleichnamigen Forums vom vergangenen Dienstag in Bern einig. Unterschiedliche Ansichten bestanden aber darüber, was genau Ernährungssouveränität ist. Der zurzeit oft verwendete Begriff wird mit so unterschiedlichen Dingen wie Versorgungssicherheit, ökologischem Anbau, gerechten Arbeitsbedingungen oder auch Protektionismus und Anbauschlacht verbunden.

Das Forum, an dem sowohl bäuerliche Organisationen als auch gewerkschaftliche Verbände und Konsumentenorganisationen teilnahmen, beschäftigte sich denn auch vorwiegend mit dem Thema, was Ernährungssouveränität bedeutet. Konzepte, wie Ernährungssouveränität anzuwenden ist, wurden kaum präsentiert.

Das Recht der Bauern, Nahrung zu produzieren

Valentina Hemmeler von der Bauerngewerkschaft Uniterre stellte als Erstes vor, wie die weltweite Bauernbewegung Via Campesina den Begriff definiert. Gemäss Via Campesina bezeichnet Ernährungssouveränität «das Recht der Bevölkerung, eines Landes oder einer Union, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst zu bestimmen, ohne Preisdumping gegenüber anderen Ländern». Darunter fallen unter anderem das Recht der Bauern, Nahrung zu produzieren sowie der Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und Krediten. Via Campesina will die lokale landwirtschaftliche Produktion begünstigen. Staaten sollen zudem das Recht haben, billige Importe zu besteuern.

Wie Hemmeler gegenüber der «BauernZeitung» erklärte, bedeutet Ernährungssouveränität aus ihrer Sicht nicht, keinen in-



Verkauf regionaler Produkte: Während Ernährungssouveränität für die einen Förderung der Regionalität bedeutet, verbinden andere damit Protektionismus oder den Schutz von Entwicklungsländern. (Bild Christine Caron)

Recht hat, seine eigene Agrarpolitik zu erhalten.»

Ein Gegenmodell zur Liberalisierung

Auch Nationalrätin Maya Graf (Grüne/BL) unterstützt den Vorschlag, die Ernährungssouveränität ins Landwirtschaftsgesetz zu schreiben, denn wie sie sagte, sei diese in der Verfassung bereits gut verankert. Für Graf ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Teil der Ernährungssouveränität. Sie befürchtet, dass ein allfälliger Agrarfreihandel mit der EU oder ein WTO-Abkommen deren Ertragsbedingungen bedrohen würden. «Ernährungssouveränität ist auf internationaler Ebene ein Gegenmodell zur Liberalisierung der Agrarmärkte.»

Nicht am Markt vorbei produzieren

Aus Konsumentensicht bedeute Ernährungssouveränität auch das Recht der Verbraucher, zu bestimmen, was sie konsumieren würden. Dies betonte Sara Stalder, Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS). «Es kann nicht sein, dass am Markt vorbei produziert wird.» Die Schweizer Konsumenten würden Regionalität fordern; Dörrbohnen aus China und Schnittlauch aus Ägypten seien nicht erwünscht. «Was in der Schweiz produziert werden könnte, weil es die Marktteilnehmer wünschen, müsste umgesetzt werden.»

Die Gewerkschaft Unia sieht bei der Ernährungssouveränität vor allem diejenigen, die produzieren. Die Verschiebung landwirtschaftlicher Güter in Europa sei mit der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte verbunden, so Vania Alleva. Ernährungssouveränität bedeute bessere Arbeitsbedingungen, worunter unter anderem ein Mindestlohn und eine Überstundenregelung fallen



Jacques Bourgeois, Bauernverband

Ernährungssouveränität heisst, dass jedes Land das Recht hat, seine eigene Agrarpolitik zu erhalten.

ternationalen Handel zu betreiben (vergleiche «Nachgefragt» auf dieser Seite). Vielmehr seien die Handelsregelungen gerech-

ter auszugestalten.

Für Jacques Bourgeois, Direktor des Schweizerischen Bauernverbands (SBV)

und Nationalrat (FDP/FR), bedingt Ernährungssouveränität in der Schweiz, dass die landwirtschaftlichen Flächen erhalten

bleiben. «Der Druck auf die Agrarfläche steigt», sagte er am Forum. Zunehmende Mobilität, der Wald oder auch die Renaturierung von Gewässern würden diese verdrängen.

Initiative will Begriff im Gesetz verankern

Bourgeois hat daher eine parlamentarische Initiative eingereicht, die verlangt, dass die Ernährungssouveränität im Landwirtschaftsgesetz veran-

kert wird. Gemäss dem vorgeschlagenen Gesetzestext soll der Bund sicherstellen, dass der Bedarf der Bevölkerung vorwiegend durch eine qualitativ hochwertige, nachhaltige und einheimische Produktion gedeckt wird. Der Nationalrat hat die Initiative bereits angenommen.

Wie Bourgeois erläuterte, sei das Ziel, die heutige Produktionsvielfalt und die nachhaltige Produktion aufrechtzuerhalten

sowie die Swissness aufzuwerten. Es gehe nicht darum, eine hundertprozentige Selbstversorgung zu erreichen oder einen neuen «Plan Wahlen» zu verfassen. «Ernährungssouveränität heisst für mich, dass jedes Land das



Sara Stalder, Konsumentenschutz

Ernährungssouveränität bedeutet auch das Recht der Verbraucher, zu bestimmen, was sie konsumieren.

würden. «Landesübliche Arbeitsbedingungen müssen auch für die Landwirtschaft gelten», forderte Alleva. Annik Steiner

«Die WTO macht bisher keinen guten Job»

BAUERNZEITUNG: Der Begriff Ernährungssouveränität wurde ursprünglich vor allem mit dem Recht der Entwicklungsländer verbunden, sich vor Importen zu Dumpingpreisen zu schützen. Ist es überhaupt möglich, einen weltweiten Begriff der Ernährungssouveränität zu definieren?

HEMMELER: Der Begriff Ernährungssouveränität wurde 1996 von Via Campesina nicht nur für die Entwicklungsländer definiert, sondern für alle Länder. Jedes Land soll das Recht haben, seine eigene Agrarpolitik zu bestimmen und sich vor billigen Importen zu schützen.

Wie verträgt sich Ernährungssouveränität aus Ihrer Sicht mit internationalem Handel?

HEMMELER: Wenn internationale Handelsregeln jeglichen Grenzschutz verbieten, stehen sie im Gegensatz zur Ernährungssouveränität. Diese besteht den Ländern das Recht zu, sich zu schützen. Aus unserer Sicht braucht es internationalen Handel – wir fordern aber, dass er gerechter wird und sekundär bleibt. 10 Prozent fairer Handel mit Labels wie Max Havelaar reichen nicht aus, es braucht 100 Prozent fairen Handel.

Welche Handelsregeln sind notwendig für einen gerechten Handel?

HEMMELER: Die Bauern brauchen Preise, die der Kostenrealität entsprechen. Heute gibt es viele Produkte, die unter den

Kosten ihrer Produktion verkauft werden. In der Schweiz kennen wir die Beispiele Milch

NACHGEFRAGT



Valentina Hemmeler

und Getreide. Der Preis deckt die Hälfte der Produktionskosten – das ist nicht normal. Und mit vielen Produkten auf der ganzen Welt geht es gleich. Das ist die

erste Aufgabe, die zu bewältigen ist: Die Kostenrealität muss wieder hergestellt werden. Dazu braucht es zwei klare Mechanismen: Erstens muss sich ein Land vor Importen zu Dumpingpreisen schützen können, zweitens braucht es Massnahmen zur Verhinderung der Überschussproduktion.

Sie möchten also Regeln, um Überschüsse zu begrenzen?

HEMMELER: Jährliche Produktionsschwankungen sind normal, nicht aber eine Situation der generellen Überschussproduktion, die durch die Industrie gefördert wird. Diese verursacht einen enormen Druck auf die Preise und macht Exportsubventionen erforderlich. Es braucht politische Rah-

menbedingungen, um solche strukturellen Überschüsse zu vermeiden.

Wie könnten solche Rahmenbedingungen aussehen?

HEMMELER: Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Die Überschüsse der Schweizer Milchproduktion waren in erster Linie ein Wunsch der Industrie. Hier wäre es aus unserer Sicht nötig, dass die Bauernorganisationen die Kraft haben, um das Angebot zu regulieren. Man darf nicht vergessen: Nur etwa 10 Prozent aller Produkte kommen auf den Weltmarkt, und das sind meistens Überschüsse. Ihr Preis ist total künstlich, ist aber die Referenz für die einheimischen Preise. Deshalb braucht es internationale Handelsregeln. Aber die

WTO macht bisher keinen guten Job.

Soll die Landwirtschaft aus den WTO-Verhandlungen ausgeklammert werden?

HEMMELER: Ja, aber es braucht eine Alternative. Agrarhandel sollte durch eine andere Organisation geregelt werden. Allenfalls könnte dies die FAO (Uno-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) sein. Klar ist: Die WTO arbeitet vor allem im Interesse der Grosskonzerne. Wir wollen Handelsregeln, die den Bauern und der Gesellschaft dienen.

Interview Annik Steiner

Valentina Hemmeler ist Gewerkschaftssekretärin der Westschweizer Bauerngewerkschaft Uniterre.